



REDAKTION TAGES-ANZEIGER · ELIT PARK, GRUNDSTRASSE 4 · 8712 STÄFA · TEL: 044 915 89 50 · FAX: 044 915 89 51 · STAEFA@TAGES-ANZEIGER.CH · INSERATE TEL: 044 915 89 40

«Das Vorgehen der Regierung ist arrogant»

Der Pendler-Frühkurs auf dem unteren Zürichsee soll sterben. Drei Gemeinden wehren sich mit allen Mitteln dagegen. Ein Gemeinderat erklärt warum.

Mit Markus Ernst* sprach Raphael Briner



Warum ist Küsnacht, Erlenbach und Thalwil der Frühkurs, das Gipfelschiff, so wichtig?

Er ist ein sehr gut frequentiertes Angebot des öffentlichen Verkehrs. Er ist nicht mehr oder weniger wichtig als die anderen Verbundangebote. Das Schiff als Transportmittel weckt aber sicher mehr Emotionen als eine zur Hauptverkehrszeit überfüllte S-Bahn. Als Gemeinde würden wir auch für unsere Buslinien kämpfen, falls der Zürcher Verkehrsverbund ZVV hier ebenfalls den Rotstift ansetzen sollte.

Das Gipfelschiff ist doch ein Luxusangebot für lediglich rund 60 Pendler, das von allen Steuerzahlern finanziert wird.

Die Leistungen des ZVV werden nur zu etwa 50 Prozent durch die Billettpreise abgegolten. Den Rest berappen alle Gemeinden, im Fall von Küsnacht mit fast 2 Millionen Franken jährlich. Die Steuerzahler haben im Gegenzug Anrecht auf eine angemessene Versorgung mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Ob das Gipfelschiff dazugehört, ist eine grundsätzliche Frage zur Finanzierung der ZSG, der Zürichsee Schifffahrtsgesellschaft. Es ist aber sicher nicht luxuriöser als beispielsweise die ganze Limmatschiffahrt, die Rundfahrten, das Lunchschiff, und wie sie alle heissen.

Der ZVV will, dass die Gemeinden nicht wie bisher 30 000 Franken an das Gipfelschiff zahlen, sondern 100 000. Das ist ein Klacks für reiche Gemeinden. Warum zahlen sie nicht einfach und lösen so das Problem?

Verbundangebote wie das Gipfelschiff, die vor allem Pendlern dienen und nicht primär dem Freizeitverkehr, sollen die Gemeinden aufgrund einer undurchsichtigen, um nicht zu sagen falschen, sogenannten Vollkostenkalkulation bezahlen. Das geht nicht an. In den letzten 5 Jahren hat die ZSG



Das Gipfelschiff legt in Küsnacht an. Ob das in Zukunft wieder so sein wird, muss die Justiz entscheiden.

eine stolze Frequenzsteigerung von 17 Prozent erreicht. Dass dies mit einer Kostensteigerung von 33 Prozent im gleichen Zeitraum erkaufte worden ist, findet nirgends Erwähnung. Dieses Unvermögen werden wir sicher nicht noch weiter unterstützen.

Was bedeutet die Vollkostenrechnung?

Der ZVV erwartet von uns, dass wir nicht nur die unmittelbaren Kosten des Kurses übernehmen, sondern gleichzeitig die gesamte Infrastruktur der ZSG wie Verwaltung, Werft und Gastronomiegebäude mitfinanzieren, die zum Teil gar nicht gebraucht wird für den Frühkurs.

Die drei Gemeinden haben in ihrer Stellungnahme argumentiert, der Regierungsrat verletze die Gemeindeautonomie. Weshalb?

Das Angebot des öffentlichen Verkehrs wird über ein mehrstufiges Verfahren fest-

gelegt. Darin kommen auch die Bevölkerung, die Gemeinden und die regionalen Verkehrskonferenzen zu Wort. Mein Verständnis von diesem Prozess ist es, dass diese Meinungen und Mehrheiten berücksichtigt werden.

Und das ist nicht der Fall?

Ja. Hier wurde entgegen allen Resultaten anders entschieden. Ich frage mich, weshalb dieser aufwendige Prozess überhaupt durchgeführt wird, wenn am Schluss der ZVV mit Regierungsrätin Rita Fuhrer an der Spitze eigenmächtig entscheidet.

Welche weiteren verfassungsmässigen Rechte werden verletzt?

Der ZVV respektive die ZSG haben es bis heute nicht für nötig befunden, die Kostendeckungsgrade und Frequenzahlen aller Kurse bekannt zu geben. Dabei gilt seit Ok-

tober 2008 das Öffentlichkeitsprinzip. Der Entscheid verstösst aber auch gegen das Willkürverbot, denn der Regierungsrat hat sich offenbar mit dem Sachverhalt gar nicht ernsthaft auseinandergesetzt. Dieses Vorgehen verletzt also nicht nur unsere Rechte, sondern ist auch arrogant.

Warum genau halten die Gemeinden die Begründung für ungenügend?

Der Entscheid beruht nicht auf Zahlen, Daten und Fakten. Es ist ein politisch gefärbter Entscheid.

Was wollen die Gemeinden haben?

Wir möchten, dass eine unabhängige gerichtliche Instanz den Sachverhalt nüchtern analysiert und danach entscheidet, ob die Wirtschaftlichkeit des Gipfelschiffs im Vergleich zu anderen Verbundangeboten des ZVV tatsächlich ungenügend ist. Das ist bisher nicht erfolgt. Dass die ZSG mehrheitlich ein Ausflugverkehrsunternehmen auf Kosten des Steuerzahlers ist, kann akzeptiert werden. Auf der anderen Seite erwarten wir dafür eine minimale Rücksichtnahme auf die Transportbedürfnisse der Seegemeinden.

Geht es überhaupt noch ums Gipfelschiff, oder spielt hier nicht vielmehr der uralte Reflex der Seebuben gegen die Obrigkeit in der Stadt die Hauptrolle?

Wenn es einen Reflex geben sollte, dann kommt er ja nicht von uns. Schliesslich wollen wir einfach an einem Angebot festhalten, das sich seit Jahrzehnten steigender Beliebtheit erfreut. Vielleicht kann Ihnen Regierungsrätin Fuhrer eine süffigere Antwort auf Ihre Frage liefern.

Hand aufs Herz: Wird das Gipfelschiff jemals wieder in See stechen?

Ja!

* FDP-Gemeinderat Markus Ernst (37) ist verantwortlich für das Ressort Tiefbau in Küsnacht. In seinen Zuständigkeitsbereich fällt auch der öffentliche Verkehr.

REKLAME KK219-T



Uetiker Junge bei Sturz schwer verletzt

Uetikon. - Ein 5-jähriger Knabe ist gestern am frühen Nachmittag in Uetikon von einer Dachterrasse rund 4,5 Meter in die Tiefe gestürzt. Das Kind hat sich dabei schwere Kopfverletzungen zugezogen und musste mit einem Helikopter der Rega ins Spital geflogen werden. Dies teilte die Kantonspolizei gestern mit.

Der Junge war zwischen 13.30 und 13.45 Uhr zusammen mit seinen drei Geschwistern auf der Terrasse an der alten Kleindorfstrasse beim Spielen. Er überkletterte dabei das Geländer und stürzte auf das asphaltierte Trottoir.

Die Polizei sucht nach Zeugen. Personen, die nähere Angaben zum Unfallhergang machen können, werden gebeten, sich bei der Kantonspolizei, Tel. 044 247 22 11, zu melden. (TA)

Bahnhof Uerikon wird behindertengerecht

Uerikon. - Der Bahnhof Uerikon ist der einzige Bahnhof an der Goldküste, bei welchem der Bahnsteig nur über eine Treppe erreichbar ist. Ein Lift oder eine Rampe fehlen. Gehbehinderte und Reisende mit Gepäck müssen deshalb auf andere Bahnhöfe oder Verkehrsmittel ausweichen (TA vom 1. 7.). Das soll sich noch dieses Jahr ändern. Ein seit acht Jahren geplantes Projekt für den Bau einer Rampe wird umgesetzt.

Wie Gemeinderat Alfred Rechsteiner (FDP) an der Hauptversammlung des Ortsvereins Uerikon ankündigte, soll der Spatenstich am 10. Juni erfolgen. Dies wurde von Seiten der SBB auf Anfrage bestätigt. Sofern das Wetter mitspielt, erhalten die Bauarbeiter im Frühlingsmorgen grünes Licht. «Nur sintflutartige Regengüsse können den Baustart noch verzögern», erklärt Daniele Pallecchi, Mediensprecher der SBB. Bis der Bahnhof aber definitiv behindertengerecht ist, dauert es noch eine Weile. Die Bauarbeiten sollen bis spätestens Ende Jahr vollendet sein.

300 000 Franken wurden dem Projekt bereits 2001 zugesprochen. Laut Pallecchi ist die Dauer nicht ungewöhnlich, alle Infrastrukturprojekte der SBB müssten wegen der knappen Finanzen je nach Priorität behandelt werden. Man habe auch noch Detailanpassungen vorgenommen. Zwei weitere Teilprojekte, öffentliche Toiletten und eine Veloparkanlage, müssen an der Gemeindeversammlung vom 8. Juni noch genehmigt werden. (sjb)

«Was können wir uns im Verkehrsverbund leisten?»

Für den Männedorfer Sicherheitsvorstand Thomas Lüthi (SVP), Präsident der regionalen Verkehrskonferenz Pfannenstiel, ist es schwierig, die Notwendigkeit des Gipfelschiffs abschliessend zu beurteilen: «Die Frequenzahlen beruhen zwar auf den Statistiken der letzten Jahre, doch im Hinblick auf das künftige Angebot sind sie trotzdem nur Prognosen.» Der ZVV habe sich verteuert, da seien Abwägungen legitim: «Was können wir uns leisten?» Der ZVV arbeitete 2007 mit einem Kostendeckungsgrad von 64 Prozent. Von den 271 Millionen Defizit trugen der Kanton und die 171 Zürcher Gemeinden je rund 18 Prozent.

Von den 12 Pfannenstiel-Gemeinden (11 im Bezirk Meilen plus Egg) seien nur Erlenbach, Küsnacht und Zollikon direkt vom Verzicht auf das Gipfelschiff betroffen, sagt Lüthi. Noch 2006 hätten die anderen 9 Gemeinden dem neuen Abend-

rundkurs den Vorzug gegeben. Erst als die Regierung 2007 den ersten Rekurs der 3 Stationsgemeinden gutgeheissen habe, hätten sich die anderen an einer Konferenz der Gemeindepräsidenten aus Solidarität zum unteren Bezirksteil ebenfalls dafür ausgesprochen. Diesen Entscheid habe die Regionale Verkehrskonferenz in der Folge übernommen, «aber ohne volle Überzeugung».

Die beiden Seiten rechnen anders

Der Oetwiler Gemeindepräsident Ernst Sperandio (CVP), seit Juli 2007 im Verkehrsrat, bedauert es, dass der Streit um das Gipfelschiff mit dem Weiterzug ans Bundesgericht «auf einer anderen Ebene angelangt ist». Die Grundlagen des Entscheids der Regierung kenne er aber nicht im Detail, die Auseinandersetzung habe vor seiner Zeit im Verkehrsrat

begonnen. Betriebswirtschaftliche Bereinigungen seien allerdings immer wieder nötig, sagt Sperandio. Doch solange beide Seiten das Gefühl hätten, die andere verwende falsche Zahlen, lasse sich nicht vernünftig diskutieren.

Der ZVV sieht keine Veranlassung, sich zum jetzigen Zeitpunkt nochmals zum Gipfelschiff-Streit zu äussern. Er überlässt es dem Bundesgericht, das endgültige Urteil zu fällen. Laut dem ZVV-Informationsbeauftragten Thomas Kellenberger war eine gemeinsam mit den Gemeinden angestrebte Lösung zur Aufteilung der Kosten nicht zustande gekommen. Darauf habe der ZVV den Entscheid der Regierung überlassen. Nachdem die Gemeinden deren Beschluss angefochten hätten, liege der Ball nun beim Bundesgericht. Rita Fuhrers Volkswirtschaftsdi- rektion wollte sich gestern zum laufenden Verfahren nicht äussern. (has)

ANZEIGE



Wir stehen alle auf grün.

Bachmann & Rimensberger

Gestaltet, baut und pflegt Ihren Garten

8700 Küsnacht · Telefon 044 991 18 12

www.bachmann-rimensberger.ch

